

## **Hohe Strompreise in Norddeutschland: Politiker müssen handeln!**

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen fordert eine Lösung für die hohen Stromkosten in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

### **Stromkosten im Norden: Ein Aufruf zur politischen Handlungsfähigkeit**

Die norddeutschen Wohnungsunternehmen sehen sich dringendem Handlungsbedarf bei der Regulierung der Stromkosten gegenüber. Der Verbandsdirektor Andreas Breitner hat die politischen Entscheidungsträger dazu aufgefordert, baldmöglichst Maßnahmen zu ergreifen, um die erheblichen Preisunterschiede für Haushalte in den nördlichen Bundesländern zu beseitigen. Dies ist besonders bedeutend angesichts der steigenden Kosten, die Mieterinnen und Mieter in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu tragen haben.

### **Eine ungerechte Situation für Energieverbraucher**

Die Studie des Vergleichsportals Verivox macht deutlich, dass die durchschnittlichen Stromkosten für Haushalte in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bei etwa 1.850 Euro pro Jahr liegen. Im Vergleich dazu müssen Verbraucher in Bremen lediglich 1.692 Euro, in Bayern 1.710 Euro und in Hessen 1.735 Euro pro Jahr für ihren Strom aufbringen. Diese Zahlen zeigen, dass die hohen Kosten im Norden nicht zu rechtfertigen sind,

insbesondere wenn man bedenkt, dass diese Regionen einen großen Anteil an erneuerbaren Energiequellen wie Windenergie erzeugen.

## **Die politische Diskussion drehen**

Breitner kritisiert, dass die Aufmerksamkeit in der politischen Debatte häufig nur auf Mietkosten gerichtet ist, während die ebenfalls wichtigen Energiekosten außer Acht gelassen werden. Er erklärt: „Es kann nicht sein, dass Mieterinnen und Mieter trotz niedrigerer Mieten durch hohe Strompreise benachteiligt werden.“ Diese Ungerechtigkeit könnte langfristig zu einer höheren finanziellen Belastung für die Haushalte führen und die Lebensqualität der Betroffenen beeinträchtigen.

## **Ein Appell an die politische Verantwortung**

Die Anforderungen an eine bundesländerübergreifende Regelung sind vor dem nahenden Winter besonders dringend. Politikern wird nahegelegt, ein System zu entwickeln, das die Energiekosten gleichmäßiger verteilt und sicherstellt, dass die Vorteile der erneuerbaren Energien auch den Verbrauchern zugutekommen. „Wir brauchen Lösungen, die dem sozialen Anspruch gerecht werden und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region fördern“, so Breitner weiter.

## **Gemeinwohlorientierte Anbieter sind gefordert**

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen, der eine Vielzahl an gemeinwohlorientierten Anbietern, darunter zahlreiche kommunale Gesellschaften und Genossenschaften, vertritt, sieht sich als Sprachrohr der Mieterinteressen. Der Appell an die Politik ist klar: Es ist an der Zeit, den Fokus nicht nur auf Mietpreise, sondern auch auf die damit verbundenen Energiekosten zu legen.

In Anbetracht dieser Thematik wird deutlich, wie eng die Bereiche Wohnungspolitik und Energiepreise miteinander verknüpft sind. Ein rasches Handeln der Politik könnte der Schlüssel sein, um die Lebensqualität der Menschen im Norden Deutschlands zu verbessern und ihnen die Vorteile der erneuerbaren Energien zugänglich zu machen.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**